

Merseburger Correspondent

erschint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: vierteljährlich 1.00 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 2.10 Mk.; durch die Post 2.52 Mk. einschließlich Postgebühren; durch unsere Vertreter auf dem Lande 2.40 Mk. Einzelnummer 10 Pf.

—: Geschäftsstelle: Delgrube 9. —:
—: Fernsprecher Nr. 324. —:

Anzeigenpreis: Für die einseitige Zeile oder deren Raum 30 Pf., im Restameteil 75 Pf., Chiffrenanzeigen und Nachmeldungen 20 Pf. mehr. Vorkauf ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigenannahme: 9 Uhr vormittags.

Nr 47

Sonntag den 24. Februar 1918

44. Jahrg.

Unaufhaltsamer Vormarsch im Osten. — Fortgesetzt anwachsende große Beute.

Was nun?

Für die weitere Entwicklung der Wahlrechtsfrage in Preußen ist, wie die Dinge nun einmal liegen, die Haltung der nationalliberalen Partei und die der Regierung von besonderer Bedeutung. Wenn man die Kundgebungen, die von diesen beiden Stellen nach der Abstimmung ergangen sind, richtig charakterisieren will, so kann man sagen: Bei den Nationalliberalen herrscht Regenstimmung und bei der Regierung Kompromißstimmung. Die nationalliberale Preussische Presse ist zum großen Teil geradezu entrüstet über die Haltung ihrer preußischen Landtagsfraktion, und selbst die Organe, die nicht für das gleiche Wahlrecht schwärmen, geben ihrer Mißstimmung über das beispiellose Ungeschick des Fraktionsführers Dr. Bohmann anerkennenden Ausdruck. Die süddeutsche nationalliberale Presse sieht, wie auch große Teile der Reichstagsfraktion, die künftige Unhaltbarkeit der nationalliberalen Position vollkommen ein, wenn die Preussische Fraktion ihr Ungeschick nicht schleunigt wieder gut macht. Die „Morgenspost“ meint schon, daß das Verhältnis der Anhänger des gleichen Wahlrechts zu seinen Gegnern innerhalb der Fraktion, das zuletzt 44 Gegner und 25 Anhänger betrug, sich bis zur zweiten Sitzung im Plenum „noch erheblich verschlechtern“ werde. Das glauben wir zwar auch, aber die Frage liegt doch so, daß die gesamte Fraktion über die Möglichkeit zum gleichen Wahlrecht vollziehen muß, soll nicht wieder ein Teil der Nationalliberalen die Schuld an dem endgültigen Falle des gleichen Wahlrechts tragen. Um dieses Ergebnis zu erzielen, bedarf es aber neben dem starken Druck aus den eigenen Reihen im Lande auch des unermüdeten Drucks durch die Regierung.

Dieser Druck aber muß sich wehren, wenn die Regierung sich in eine vorzeitige Kompromißstimmung hinzieht. Die Regierung Herling-Friberg-Kager muß sich darüber klar sein, daß sie nach ihren feierlichen Kundgebungen und nach den Erlassen der Krone mit dem gleichen Wahlrecht steht und fällt. Wenn im Frieden bei uns manches möglich war, was sonst in der Welt nicht denkbar wäre, so liegen die Dinge nach der Entwicklung zur Parlamentarisierung, die Preußen-Deutschland genommen hat, heute doch so, daß der Boden dem Kabinett Herling unter den Füßen weicht, wenn in der Wahlrechtsfrage ein faules Kompromiß zustande kommt. Die Parteien der Linken können einfach um ihrer Wähler willen eine solche Politik nicht mitmachen. Der Konflikt wäre da, und die Herren Friberg und v. Krause hätten von einem kurzen Ministerabsteigen eine wenig rühmliche Erinnerung. Auf jeden Fall muß sich die Regierung klar sein, daß der konstitutionell-freikonfessionale Wahlrechtsvertrag keine Kompromißgrundlage sein kann. Man darf doch nicht vergessen, was in den vorhergehenden Paragraphen schon alles an Enttäuschung enthalten ist. Welche Schäden des Volkes verlieren durch die Bestimmungen der zweijährigen Staatsangehörigkeit und des einjährigen Aufenthaltes in der Gemeinde bzw. im Wahlkreis so schon ihr Wahlrecht. Was übrig bleibt, soll nun in sechs Klassen eingeteilt werden. Die Zulassungen für Einwohnern, Vermögen, selbständige Erwerbstätigkeit, Anstellung und Schulbildung sind klare Bevorzugungen des Besitzes. Der arme Sohn des Volkes, der auch nach der Meinung eines Kriegsanwalters und eines noch amtierenden Staatsanwalters der getreueste war, würde bei dieser Regelung höchst gefährdet sein. Der Antrag ist die schwerste Verschlingung gegen den Schicksalsergebigen. Im Falle würde er geradezu eine Fülle von Gegenständen aufstellen. Der alte Arbeiter, dessen Kinder frühzeitig gestorben sind, müßte mit Wittern auf den besser gestellten Bürger blicken, der seine Kinder durch bessere Ernährung am Leben erhalten konnte. Wer ins Feld zog und sein schätzenswertes kleines Geschick aufgeben mußte, hat eine Stimme weniger als der Dienstmädchen oder Kleinhändler, der monatlich in der Kriegskasse durch die Anwartschaft eines Vermögens auch noch eine dritte Stimme erwerben konnte. Der Privatbeamte und der

Beamte werden hinter den Landwirt und Gewerbetreibenden zurückgelassen. Simulieren erfährt der Bauer gegenüber dem Städter, der eine Meßschule absolvieren konnte, eine beleidigende Zurücksetzung. Die Aufzählung der möglichen Gegenstände sieht sich nach ins Ungemessene vermehren. Jedenfalls hatte der Wahlrechtsminister Dr. Drems durchaus recht, wenn er sagte: Der konervative Wahlrechtsentwurf verdirbt den pluralistischen Charakter des Dreiklassenwahlrechts. Bei dieser Sachlage kann nicht die Rede davon sein, den ungenannten Antrag zum Gegenstand von Kompromißverhandlungen zu machen.

Für die Regierung kann es nur eine Laßtut geben: sie muß sich schleunigt mit der Anwendung der verfassungsmäßigen Wahlmittel verhalten machen, die sie für den Fall der Ablehnung des gleichen Wahlrechts in Aussicht gestellt hat. Sie braucht sich nur in die Geschichte des preußischen Wahlrechts zu vertiefen, und sie wird finden, daß es einen sehr einfachen Ausweg gibt. Das Dreiklassenwahlrecht, auf Grund dessen die renitenteren Wahlrechtsgegner gewählt sind, hat keine gesetzliche Grundlage. Es beruht auf einem Staatsstreich, und selbst in der preußischen Verfassung wird es nur als Notverordnungen angeführt. Der Artikel 116 a lautet: „Bis zum Erlasse des in Artikel 72 vorgesehenen Wahlgesetzes bleibt die Verordnung vom 30. Mai 1849, die Wahl der Abgeordneten zur zweiten Kammer betreffend, in Kraft.“ Dieser Artikel aber steht ausdrücklich unter den Übergangsbestimmungen. Die Regierung braucht also der Krone nur die Aufhebung der Notverordnung, die das Dreiklassenwahlrecht enthält, vorzuschlagen und sofort ist das erste preußische Wahlgesetz vom 8. April 1848 wieder in Geltung, das gleich und geheim, aber allerdings indirekt war. Diesen letzteren Schicksalsfehler könnte dann das neu gewählte Abgeordnetenhaus sehr schnell beseitigen. Von einigen Formaljuristen und pedantischen Politikern wird dieser Weg als neuer Staatsstreich bezeichnet. Aber die Zurücknahme eines Urteils ist nach der Ethik kein neues Unrecht, und die Zurücknahme kann nicht bestehen, wenn sie sich mit der Ethik in Widerspruch setzt. Die preußische Staatsregierung braucht also nur zu wollen und sie wird zum Ziele kommen. Entweder der gegenwärtige Landtag nimmt die Regierungsvorlage an oder das Dreiklassenwahlrecht wird durch Zurücknahme der Verordnung von 1849 beseitigt. Im Falle würde diese Haltung ungewisse jubelnde Zustimmung finden. Die Position der Regierung ist also durchaus gut, wenn sie von ihren Inhabern nur richtig ausgenutzt wird.

Der Weltkrieg.

Die Friedensverhandlungen mit Rumänien werden von Herrn v. Kühlmann und dem Grafen Czernin unmittelbar mit dem neuen rumänischen Ministerpräsidenten General Averescu geführt werden, und zwar nicht in Jockan, sondern in Bukarest. Die Wahl dieses Verhandlungsortes scheint, der „Post“ zufolge, darauf zurückzuführen zu sein, daß die Mittelmacht zu den Verhandlungen offenbar aus einer Anzahl rumänischer Politiker heranziehen wollen, die auch während der Besetzung in der rumänischen Hauptstadt geblieben sind und die durch ihre langjährigen Beziehungen für die Zuverlässigkeit des wiederhergestellten Staatswesens gewisse Sicherheiten bieten könnten. Durch die Teilnahme dieser Männer an der künftigen Gestaltung der Verhältnisse in Rumänien könnten dielei Garantien geboten werden, die den Mittelmächten eine gewisse Anzahl von anderen sehr wichtigen Verhandlungsgegenständen und es ihnen gelassen würden, von allen künftigen Verhandlungen in dieser Richtung vollständig abzuheben.

Staatssekretär v. Kühlmann ist in Begleitung des Delegationssekretärs v. Höpfer gestern um 11 Uhr vormittags in Wien eingetroffen und wurde auf dem Bahnhofs des Hofwärtersplatzes vom deutschen Botschafter Grafen von Helldorf begrüßt. Der Botschafter geleitete den Staatssekretär auf die deutsche Botschaft, wo der Staatssekretär absteigen ist.

Auf eine Anfrage über die Friedensverhandlungen mit Rumänien sagte Ministerpräsident Weizsäcker:

„Mit Rumänien werden Verhandlungen geführt, so ähnlich denen ich die Aufklärung erteilen kann, daß sie, wie ich hoffe, sicherlich demnächtig zu Friedensverhandlungen führen werden. Wir werden es selbstverständlich als unsere Pflicht erachten, im Laufe der Verhandlungen unsere künftigen Interessen nach jeder Richtung hin zu wahren. Die Bedingungen für die Friedensverhandlungen sind wohl noch nicht festgelegt, ja ich kann auf einzelne territoriale Fragen, die in der Presse besprochen wurden, nicht eingehen; denn diese hängen von internationalen Vereinbarungen ab. Demnach aber erlaube ich mir, zu bemerken, daß wir unsere Rechte wahren wollen: 1. vom Gesichtspunkte der Verteidigung; 2. vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte; 3. vom Gesichtspunkte des Verkehrs zu Wasser und zu Lande und 4. auch in der Richtung, daß jede Einmischung Rumäniens in unsere inneren Angelegenheiten unmöglich werde, ja wir legen auch auf den Umständen, den der Interpellant nicht erwähnt, daß uns aber nicht gleichgültig sein kann, Gewicht darauf nämlich, daß die Lage unserer in Rumänien wohnenden Bürger in jeder Hinsicht gesichert werde. Was die zweite Frage betrifft: daß die Siebenbürger an den Friedensverhandlungen teilnehmen, so will ich erklären, daß es sich hier nicht um eine lebenswichtige Frage, sondern um eine Frage ganz langwieriger Arbeit, um eine Frage, die wir alle nicht nur verstehen und kennen, sondern von der wir auch durchdrungen sein müssen.“

In französischen Regierungskreisen erwartet man, daß die am 23. Februar beginnenden Friedensverhandlungen einen rasigen Verlauf nehmen werden. Die Regierung Frankreichs ist der Ansicht, daß Rumänien genug für die Entente getan habe. Man dürfe Rumänien jedoch nicht ganz opfern.

Der „Secolo“ meldet: Für die am 21. März in Versailles beginnende neue Alliiertenkonferenz, die die Friedensbedingungen der Entente festlegen soll, wurde die Vollmacht des rumänischen Botschafters zurückgezogen.

„Welt nach“ will aus neutralen diplomatischen Quellen wissen, daß in Verfolgung rumänischer Sonderfriedensabsichten auch die

serbische Regierung Sonderfriedensverhandlungen möchte. Serbien behauptet, daß im Falle eines Sonderfriedens Rumäniens die Salonitische Offensive ohnehin nur zweifels Opfer erfordern würde. Der frühere oberste Projektor Serbiens, Anziland, bedauert selbst die Unterstützung und stimmte sich um die serbischen Angelegenheiten nicht. Der serbische Gesandte Spalaitowitsch bei den Russen nicht mehr als irgend ein anderer Ententevertreter. Die für Fortsetzung des Krieges agierenden Ententevertreter sind insgesam zurückgefallen. Maßgebend ist die Auffassung, daß der Krieg beendet sein müsse, bevor der letzte serbische Soldat im Interesse der Entente geopfert würde.

Zur Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen mit Rumänien.

Wie berichtet wird, dürften die neuen Verhandlungen auf Grund eines Programms, das von beiden Seiten zuvor genau festgelegt werden soll, in West-Bukarest aufgenommen werden. Auf deutscher Seite werden die Verhandlungen von Persönlichkeiten geführt, die die Materie während der letzten Verhandlungen in West-Bukarest genau kennen gelernt haben. Staatssekretär v. Kühlmann dürfte auch Unterzeichnung in West-Bukarest eintreffen.

Graf von Podewils erhielt den Auftrag, sich als Vertreter Rumäniens abermals nach West-Bukarest zu begeben, zur Teilnahme an den neuen Friedensverhandlungen mit Rumänien.

Der Verteidiger von Briemühl aus der Gefangenenshaft zurück.

Der General der Infanterie v. Kusmanek, der Verteidiger der Festung Briemühl, ist nach dreijähriger Gefangenenshaft wieder in Wien eingetroffen. Kusmanek, der am 12. Februar von Michail Komarow abgeführt ist, wurde auf dem Nordbahnhof in Wien von Militär- und Zivilbesuchen empfangen.

Stattens Beirat.

Der Geheimvertraut Englands, Frankreichs und Russlands mit Italien, durch das Italien die Annex von den serbisch-kroatischen Gebieten, Triest und Südtirol, Albanien, griechischen Zitiolen, Teilen von Kleinasien und Syrien als Gegenleistung für das bewaffnete Auftreten gegen Österreich und Deutschland in Aussicht gestellt wird, ist jetzt von der tschechischen Regierung veröffentlicht worden. Italien tritt der von Frankreich, England und Russland

Rohfleisch- und Fleischwarenverkauf
 findet am 25. Februar 1918
 bei Hoffmann, Obere Breitetstraße 4,
 nachmittags von 2-3 Uhr auf die Rechnungsnummern 801-900
 901-1000
 Ein Anspruch auf eine bestimmte Art von Fleisch besteht nicht.
 Merseburg, den 23. Februar 1918.
 A. A. 337/18. Das städtische Lebensmittelamt.

**Städtische Sparkasse
 Merseburg.**

Unsere Kasse ist von heute ab geöffnet:
 vormittags von 8-12 1/2 Uhr
 nachmittags " 3-5
 Sonnabends " 8-12 1/2 "

Merseburg, den 19. Februar 1918.

Der Sparkassen-Vorstand.
 Ziehele.

**Rabattspareverein Merseburg
 und Umgegend (E. V.)**
**Einladung
 zur ordentlichen Haupt-Versammlung.**
 Hiermit gefaten wir uns, unsere geehrten Mitglieder
 zu der am 14. März d. Jz., abends 8 Uhr
 in der Gastwirtschaft „Schultheiß“
 stattfindenden
ordentlichen Hauptversammlung
 ergebenst einzuladen.
Tagesordnung:
 1. Berlesen der Niederschrift der letzten Hauptversammlung.
 2. Geschäftsbericht.
 3. Rechnungslegung, Bericht der Rechnungsprüfer und Ent-
 lassung des Vorstandes.
 4. Neuwahl für Vorstand und Ausschub.
 5. Wahl der Rechnungsprüfer für das neue Geschäftsjahr.
 6. Berichtendes.
 Etwaige Vnträge sind bis 6. März schriftlich an den
 Unterzeichneten einzureichen.
 Wir bitten um vollzähliges und pünktliches Erscheinen.
 Der Vorstand,
 B. Schäfer, Vorsitzender. D. Albert, Schriftföhrer.

**Landwirtschaftliche
 Inventarauktion.**

Dienstag den 26. Febr. d. Jz.
 vormittags 10 Uhr
 findet in Grindtischen Nr. 4 u. 10
 zu Adelsdorf (Staton Wernsdorf)
 wegenshalber der Verkauf folgen-
 der Gegenstände öffentlich meist-
 bietend gegen Barzahlung statt
 und zwar:
 1 halberdecker Aufschwager,
 1 Pflanzwagen, 1 kleiner Roll-
 wagen, 1 Drillmaschine, 1 Hack-
 maschine, 2 Hackemaschinen,
 1 Pferdeeggen, 1 Milchsentri-
 fuge, 1 Drehscheibe-Pflug, 1 eis-
 ener Pflug, Eggen, 1 dreifelh. Waage,
 1 Hühnerheber, 2 Desimalmagen,
 1 Kastenkarre, 1 Schieffstein,
 1 fahrbare Drechselmaschine mit
 Hangel (auch zum Motor einge-
 richtet, fast neu), Beckstellen,
 1 Kinderwagen, ein Sport-
 wagen, ferner ein Posten-
 haken, Karische, Schuppen und
 Gabeln, 1 Geschirrschrant, ein
 Sofa, 4 Stühle, 1 Tisch, 1 Bad-
 krog, sowie noch verschiedenes
 Haus- und Küchengerät.
 Die Genehmigung des Herrn
 ital. Landrats ist erteilt.
 Im Auftrag des Besthers
Albert Franke Auktion.

**Speisemöhren
 und Kohlrüben**

verkauft
 Trebst, Gärtnerei.
 Fernruf 10.

**Gaure Gurken,
 Pfeffer-Gurken,
 Genf-Gurken.**

feinschmedend und billigt, bei
Bindsell, Seidenbauel 1.

Gemüse-Gamen

neue Ernte, beste Sorten
 (Ernte sehr framp)
 Stedzwiebelen, hocht. Rosen und
 Gühfrischen, Apfelbäume in Busch,
 empfehlt
W. Wittenbecher, N. Markstar 1
 Kaufe lt. § 15 der Bekanntm.
 vom 25. 9. gebr.
**Gettorte 12 Pfg.,
 Weintorte 2 Pfg.**
 und alle and. Sort. neue u. gebr.
 Rorte.
O. Zwecher,
 Dresden, Wettinerstr. 32.

Mein Zahnarzt be-
 findet sich jetzt
Weißer Mauer 14'
 (10 Minuten vom Bahnhof)
Frau Doris Reinisch.



Pferde zum Schlachtei
 kauft
 Felix Möblus, Roßschlächterei,
 Tieter Keller 1, Fernspr. 583.

Gasthof zur Bahn Frankleben.
 Sonntag den 24. Februar 1918
 die berühmten
Leipziger Krystallpalast-Sänger
 Leipzigs orato Herrengesellschaft, gegründet 1889.
 U. a.:
Neu: Eine Stunde verheiratet. **Die imite ten Tiroler.**
Neu! Es wird langweilig. **Neu! Die Radikalkür.**
 Anfang 1/8 Uhr. Vorverkauf (L. u. H. Pl.) im Gasthof zur Bahn.

Neues Schützenhaus.
 Sonntag den 24. Februar, abends 7 Uhr
großes Militärkonzert
 ausgeführt von der Kapelle des 2. s. Inf.-Battalions d. s. Inf.-Regt. N. 153 am Artillerie-
Künstlermusik mit auserwähl. Programm.
 Ein Teil des Ertrages ist für die Hinter-
 bliebenen des Feldregiments bestimmt.
 Eintritt 70 Pfg. Militär 50 Pfg.
 Zu zahlreichem Besuch ladet ein
H. Ellenberger.

Funkenburg.
 Sonntag den 24. Februar, von abends 1/2 8 Uhr ab
großes Künstlerkonzert
 vom Rohland-Orchester Halle.
 Eintritt 30 Pfg.

Dr. Blümel, Halle,
 Markburgerstraße 47,
Facharzt für Lunge, Hals, Nase.
 hält, auf Urlaub, Sprechstunde ab 20. Februar bis 16. März
 (10-12, 2-3 Uhr).

„Zum Schultheiß“ Halle
 Merseburger Straße Nr. 10.
 Jeden Saentag
Künstler-Konzert.
 Patentele 5 ravenh. Adelsstraße.

Künstlicher Zahnersatz
 Kronen- und Bracknarbeiten. Behandlung kranker Zähne.
Hubert Totzke, in Fa. Willy Muder
 Markt 10 Merseburg. Telefon 442.
 Sprechzeit 3-6 Uhr. Sonntags 9-1 Uhr.
 Dienstags u. Freitags nur vorm von 8-12 Uhr Sprechstunden

Konfirmanden-Kleider
 in Wolle und Geide
 empfiehlt in reicher Auswahl
Otto Dobkowitz.

**Unterhaltungsabend
 für
 Junge Mädchen**
 Sonntag den 24. Februar 1918,
 abends 8 Uhr,
 Karstraße Nr. 4 (Sinterhaus).
 Alle jungen Mädchen, die in
 Fabriken und sonstigen gewerb-
 lichen Betrieben beschäftigt sind,
 sind dazu herzlich eingeladen.
 S. H. H. Hahn.

Kammerlichtspiele!
 Kl. Ritterstr. 3. Fernr. 529.
 Nur noch
Sonntag und Montag!
Das Opfer der Wera Woog!
 Ergreif. Drama in 4 Akten
 mit der reizenden bildschön.
 Künstlerin Hedda Verona.
 Ausserdem ein ganz vor-
 zügliches Beiprogramm.
 Sonntag ab 8 Uhr große
 Jugend-Vorstellung,
 ab 5 und 7 1/2 Uhr: Vor-
 stellungen f. Erwachsene.
 Wer ein Goldstück in
 Zahlung bringt, erhält
 einen guten Logen-
 platz gratis.

Zivill-Theater
 Dir. Arthur Desant.
 Sonntag den 24. Februar 1918,
 abends 1/8 Uhr:
**Gastspiel des 1. Operetten-Tenors
 Eduard Baher**
 von den städt. Theatern in Leipzig.
 Zum letzten Male!
Der Grat von Luxemburg.
 Operette in 3 Akten v. Franz Rehár.

Nachmittags 1/4 Uhr:
**Goldammer, Dresden
 und Schiller-Vorstellung.**
Königin Luise.
 Vaterländ. Schauspiel in 4 Akten
 von Franz Wehnke.
 Jeder Theaterbesucher erhält
 bei Abgabe eines Goldstückes ein
 Sperrsig-Billet frei.

Dienstag den 26. Februar 1918,
 abends 1/8 Uhr:
Gastspiel von Eva Henschel-Desant
 unter Mitwirkung des 1. Operetten-
 Tenors Eduard Baher
 von den städt. Theatern in Leipzig.
Die geschiedene Frau.
 Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Kaiser-Panorama
 im Herze, Christian, Weisent, Str. 1.
Am 2. März
Konstantinopel.
Weihe vom Nationaldenkmal.
Truppenparade u. d. Riesenbrand.
 Sämtliche Eintrittskaten haben nur
 noch bis Ende März Gültigkeit.

Friedmann & Co.
 Bankgeschäft
 Halle a. S. Poststr. 2.
 Ab- und Verkauf, sowie Be-
 teiligung von Kriegsanleihen,
 anderen Wertpapieren und
 Hypotheken.
 Kassens- Ein- und Be-
 sorgung neuer Zinsbogen.
 Contocorrent- u. Scheckverkehr
 Creditgewährung.
 Vermietung von Stahlkammer-
 Fächern.
 Hierzu eine Beilage.

Kohlruben: In den städtischen Gemüseverkaufläden.

2. Aus dem Esterale, 23. Febr. Die Feststellungs-... an schüsse in den verschiedenen Umkreisen, denen die Aufgabe zugefallen ist, in den einzelnen landwirtschaftlichen Betrieben der Dörfer...

3. Kahlfrucht, 22. Febr. Die Haupternte trat hier am 2ten zur Gemeinde gehörige Ertragsleistung so stark hervor, daß mehr als sechs Rübren voll...

4. Gerbholz, 22. Febr. Das Schöffengericht Weidenfels hatte den Anwalt Paul Brenden aus Groß Gerbholz wegen Verurteilung zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Mücheln und Umgegend.

23. Februar. * Möhlen, 22. Febr. Die Raingewerkschaft Möhlen, die zum Konzern von Westfalen gehört, plant in Möhlen Anlagen zur Gewinnung und Sulfat und Sulfat...

* Weinbau, 22. Febr. Zu zwei Jahren Gefängnis wurde der Arbeiter Kurt H. in ein Gefängnis über von hier von der Strafkammer in Naumburg verurteilt...

Wetterwarte.

23. Febr. am 22. 2. Reifezeit aufsteigend, meist wolfig bis trüb, etwas Niederschläge, ziemlich mild. - 25. 2.: ziemlich trüb, mild, Niederschläge, später etwas kälter.

Haus- und Landwirtschaft.

1. Zur Verminderung der Schweinebestände. Bei der eingetragenen Verminderung der Bestände mußte leidet der Grundbesitzer, daß selbstverständlich erst die menschliche Ernährung gesichert wurde, bevor an die Tiere gedacht werden konnte...

2. 15 Hühner... unter für jedes überwinterter Mast soll im Jahre 1918 der Jantar erhalten, welcher sich verschaffen, einen Teil seiner Hühner zu gemeinschaftlichen Zwecken abzugeben...

Sport- und Leibesübungen.

4. Dem Verband mitteldeutscher Kampfsportvereine hat auf seinen Verbandstag in Halle a. S. beschlossen, daß von ehemaligen Mitgliedern von Vereinen anderer Verbände eine Bescheinigung über erfüllte Verpflichtungen verlangt wird...

verlangt wird, alljährlich am 1. Januar neue schwarze Listen beim Gauvorstand einzureichen sind, die Schwedrichter nach Möglichkeit aktive oder abzu geworfene Mitglieder sein müssen...

Handel und Verkehr.

1. Leipziger Messe. Die Vorbereitungen zur Frühjahrsmesse, die am 2ten beginnt, sind in vollem Gange. Die Warenbesitzer des Meßamtes, die sich nicht nur über die Verbindungen, sondern auch über die neutralen Länder erstreckt...

Gerichtsverhandlungen.

1. Zweimal zum Tode verurteilt. Vor dem Schwurgericht in Eisenach wurde am Dienstag der Arbeiter Otto Wegerer und Eisenbahnarbeiter Otto Wegerer aus Naumburg verurteilt...

Bermittlung.

* Vermittlung. Am Freitag nachmittags trafen in Rudolfsberg bei beiden Parteien Herrmann und Rechtsanwalt Ivan Urban mit einem Flugapparat zu einem Abflug auf. Kaum hatte das Flugzeug sich erhoben, als die Maschine sich in die Dübische über elastischen Leistung verwickelte und niederstürzte...

* Verhängene Strafe. Einem Jagrenhändler in GutsMuth war es gelungen, für etwa 4000 Mark Zigaretten und Tabak zu erhalten. Doch als die Rüste in GutsMuth ankam und geöffnet wurde, fanden sich in ihr nur etwa 100 Zigaretten...

* Verhängene Strafe. Eine für den Kaufmannverein in Witten (Halle) bestimmte Sendung von 80 Broteln die mit der Bahn von Jeggob kommen sollte, in puncto verunglückte.

* Verhängene Strafe. Aus Posen wird geschrieben: Durch eine Verpöpfung sind im nahen Dorfe Jozge fünf Personen tödlich verunglückt, und zwar die beiden erwachsenen Männer des Hauses Boles, dessen Ehefrau Hedwig Boles und deren beide kleinen Töchter Johanna und Mariona...

* Verhängene Strafe. Einem Arbeiter in GutsMuth war es gelungen, für etwa 4000 Mark Zigaretten und Tabak zu erhalten. Doch als die Rüste in GutsMuth ankam und geöffnet wurde, fanden sich in ihr nur etwa 100 Zigaretten...

* Verhängene Strafe. Eine für den Kaufmannverein in Witten (Halle) bestimmte Sendung von 80 Broteln die mit der Bahn von Jeggob kommen sollte, in puncto verunglückte.

* Verhängene Strafe. Aus Posen wird geschrieben: Durch eine Verpöpfung sind im nahen Dorfe Jozge fünf Personen tödlich verunglückt, und zwar die beiden erwachsenen Männer des Hauses Boles, dessen Ehefrau Hedwig Boles und deren beide kleinen Töchter Johanna und Mariona...

* Verhängene Strafe. Einem Arbeiter in GutsMuth war es gelungen, für etwa 4000 Mark Zigaretten und Tabak zu erhalten. Doch als die Rüste in GutsMuth ankam und geöffnet wurde, fanden sich in ihr nur etwa 100 Zigaretten...

* Verhängene Strafe. Eine für den Kaufmannverein in Witten (Halle) bestimmte Sendung von 80 Broteln die mit der Bahn von Jeggob kommen sollte, in puncto verunglückte.

Neueste Nachrichten.

Der deutsche Seeresbericht.

Berlin, 23. Febr. (Grobes Hauptquartier.) Seefischer Kriegsschauplatz.

In Ostland sind unsere Truppen im Vorbringen nach Osten.

In Litland wurde Minsk besetzt.

In der Ukraine haben die Südbahn von Zuck vorgehenden Kräfte Dubno erreicht.

Im übrigen nehmen die Operationen ihren Fortgang.

Die Zahl der eingebrachten Gefangenen hat sich um

2 Generale, 12 Obersten, 433 Offiziere und 8770 Mann erhöht.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues. Erster Generalquartiermeister Zudenkoff.

Neue U-Boot-Beute.

Berlin, 23. Febr. Neue U-Bootsbeute auf dem nördlichen Kriegsschauplatz:

18 000 Netto-Register-Tonnen.

Unter den versenkten Schiffen befand sich ein großer Dampfer von über 10 000 Br.-Reg.-To. vom Aussehen des englischen Dampfers „Dracon“.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Entlassung der ukrainischen Kriegsgefangenen.

Berlin, 23. Febr. (Privat-Telegramm.) Als an unterrichteter Stelle verlautet, sind jetzt sämtliche russischen Kriegsgefangenen die in den von der Ukraine beherrschten Gebieten ihren Wohnsitz haben, aus den deutschen Gefangenenlagern entlassen und nach ihrer Heimat befreit worden.

Wabopst, 23. Febr. (Privat-Telegramm.) Die deutsche Militärverwaltung hat bekanntgegeben, daß die Heimat für aus den deutschen Gefangenenlagern entlassenen ukrainischen Angehörigen allgemein offene Fremde herborzieht.

Die Heimkehrer sehen gut gefaßt aus und geben darüber ihrer Befriedigung über die ihnen in den deutschen Gefangenenlagern zuteil gewordene Behandlung Ausdruck.

Wiel, der jüngeren Jahrgänge melde den sich sofort freiwillig zur Teilnahme an dem Feldzug gegen die maximalistischen Truppen.

Das neue russische Friedensangebot und die Konstantine.

Stockholm, 23. Febr. (Privat-Telegramm.) Aus Petersburg ist zu entnehmen, daß die Verantwortung für die neuannahmenden Friedensverhandlungen von sich abzuwälzen, beabsichtigt die maximalistische Regierung, in allen nächster Zeit die Konstantine zusammenzubekommen.

Wenn hat konstantine zu einer Befriedigung in dieser Angelegenheit Konstantine.

Rußlands Abzicht und Hoffnung.

Berlin, 23. Febr. Nach zuverlässigen Meldungen aus Moskau kann die Nord. Allg. Ztg. schreibt, kein Zweifel darüber bestehen, daß die bolschewistische Regierung ohne weiteres bereit gewesen wäre, die deutschen Friedensbedingungen in West-Rußland zu unterzeichnen, wenn sie nicht die Hoffnung gehabt hätte, daß die Streitbewegung in Deutschland und Österreich-Ungarn zur Revolution führen würde.

Ein Aufruf des Rates der Volkskommissare vom 21. Februar liefert zugleich den besten Beweis dafür, daß es der bolschewistischen Regierung auch jetzt noch genau so wenig um einen dauernden Frieden und um die Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Rußland und uns zu tun ist.

In dem Aufruf heißt es: Da sich die arbeitende Klasse Deutschlands in dieser Stunde als unerschöpflich und nicht fertig genug erweisen hat, die man nicht einen Moment aufhalten zu leicht sein keine Woge, als die Bedingungen des deutschen Imperialismus annehmen bis an den Zeitpunkt, wo die europäische Revolution sie abändert wird.

Amerikas Pläne.

Amsterdam, 23. Febr. „Westliche Post“ verbreitet folgende Central News-Meldung aus Washington: William Churchill, Chef der fremdsprachigen Publikationsabteilung erklärte in der Kommission des Abgeordnetenhauses, die Lokalität des deutschen Volkes gegen seine Regierung werde schrittweise durch eine Propaganda, die die Vereinigten Staaten im Verein mit Frankreich betreiben untergeben, größer, besser organisierte Streitkräfte in ganz Deutschland seien für den Maianbruch am 1. März.

Amerikanische Flugzeuge in Frankreich eingetroffen.

Amsterdam, 23. Febr. (Privat-Telegramm.) Aus Bordeaux wird gemeldet, daß eine Anzahl neuer amerikanischer Kampfflugzeuge, die auf einem ehemals deutschen Handelsdampfer aus New York eingeflogen waren, ausgeschifft worden sind.

Die Flugzeuge sind sofort zum Transport an die italienische Front verladen worden.

Der deutsche Seeresbericht.

geplant Sonntags nachmittags beim Kaufmann Wendel (Gothardstraße) und an der Geschäftsstelle (Halle 9) zum Ausklang; außerdem liegt er in der neuen Gesellschaftlichen in Vorbereitung zur Einreise aus. Befriedigung auf Befriedigung des Seeresberichtes, der jedem Zeitungsbesitzer gegen Zahlung eines geringen monatlichen Bezugsbetrags ins Haus geschickt wird, werden noch angenommen.

Die Geschäftsstelle.

Merseburger Correspondent

Er erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: vierteljährlich 1,90 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 2,10 Mk.; durch die Post 2,32 Mk. (einkl. Bestellgeld); durch unsere Vertreter auf dem Lande 2,40 Mk. Einzelnummer 10 Pf.

—: Geschäftsstelle: Delgrube 9. —:
—: Fernsprecher Nr. 324. —:

Anzeigenpreis: Für die einpaltige Zeile oder deren Raum 30 Pf., im Reklameteil 75 Pf. Chiffrenzeilen und Nachweilungen 20 Pf. mehr. Nachdruck ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Aufnahme: 8 Uhr vormittags.

Nr. 47

Sonntag den 24. Februar 1918

44. Jahrg.

Unaufhaltbarer Vormarsch im Osten. — Fortgesetzt anwachsende große Beute.

Was nun?

Für die weitere Entwicklung der Wahlrechtsfrage in Preußen ist, wie die Dinge nun einmal liegen, die Haltung der nationalliberalen Partei und die der Regierung von besonderer Bedeutung. Wenn man die Kundgebungen, die aus diesen beiden Stellen noch der Abstimmlung entgegen sind, richtig charakterisieren will, so kann man sagen: Bei den Nationalliberalen herrscht Kabinettstimmung und bei der Regierung Kompromißstimmung. Die nationalliberale Provinzpresse ist zum großen Teil geradezu entrüstet über die Haltung ihrer preußischen Landesfraktionen, und selbst die Organe, die für das gleiche Wahlrecht schwärmen, geben ihrer Zustimmung über das heillosste Ungeschick des Fraktionsführers Dr. Lohmann ausverholten Ausdruck. Die süddeutsche nationalliberale Presse sieht, wie auch große Teile der Reichstagsfraktion, die künftige Unhaltbarkeit der nationalliberalen Position vollkommen ein, wenn die Preußenfraktion ihr Ungeschick nicht schleunigt wieder gut macht. Die „Magdeburgerische Zeitung“ meint schon, daß das Verhältnis der Anhänger des gleichen Wahlrechts zu seinen Gegnern innerhalb der Fraktion, das zuletzt 44 Gegner und 25 Anhänger betrug, sich bis zur zweiten Lesung im Plenum „noch erheblich verschlechtern“ werde. Das glauben wir zwar auch, aber die Frage liegt nun in, daß die deutsche Fraktion für die Wahl zum gleichen Wahlrecht vollziehen muß, soll nicht wieder ein Teil der Nationalliberalen die Schuld an dem einschlägigen Falle des gleichen Wahlrechts tragen. Um dieses Ergebnis zu erzielen, bedarf es aber neben dem starken Druck aus den eigenen Reihen im Lande auch des unverminderten Druckes durch die Regierung.

Dieser Druck aber muß sich erhöhen, wenn die Regierung sich in eine vorzeitige Kompromißstimmung hinstürzt. Die Regierung Hertling-Friedberg-Bauer muß sich darüber klar sein, daß sie nach ihren feierlichen Kundgebungen und nach den Erlassen der Krone mit dem gleichen Wahlrecht steht und fällt. Wenn im Frieden bei uns manches möglich war, was sonst in der Welt nicht denkbar wäre, so ist dies bei uns nicht anders zu erwarten. Die Regierung Hertling-Friedberg-Bauer muß sich darüber klar sein, daß sie nach ihren feierlichen Kundgebungen und nach den Erlassen der Krone mit dem gleichen Wahlrecht steht und fällt. Wenn im Frieden bei uns manches möglich war, was sonst in der Welt nicht denkbar wäre, so ist dies bei uns nicht anders zu erwarten.

Beamte werden hinter den Landwirt und Gewerbetreibenden zurückgesetzt. Hinüberum erfährt der Bauer gegenüber dem Sünder, der eine Realschule absolvieren konnte, eine beleidigende Zurücksetzung. Die Aufzählung der möglichen Gegenstände ließe sich noch ins Unbegrenzte vermehren. Nebenfalls hatte der Wahlrechtsminister Dr. Drews durchaus recht, wenn er sagte: Der konservative Wahlrechtsentwurf verleiht dem platonischen Charakter des Dreiklassenwahlrechts. Bei dieser Sachlage kann nicht die Rede davon sein, den ungenügenden Antrag zum Gegenstand von Kompromißverhandlungen zu machen.

Für die Regierung kann es nur eine Taktik geben: sie muß sich schleunigt mit der Anwendung der verfassungsmäßigen Wahlmittel betrauen lassen, die sie für den Fall der Ablehnung des gleichen Wahlrechts in Aussicht gestellt hat. Sie braucht sich nur in die Geschichte des preußischen Wahlrechts zu vertiefen, und sie wird finden, daß es einen sehr einfachen Ausweg gibt. Das Dreiklassenwahlrecht, auf Grund dessen die rentierten Wahlrechtsträger gewählt sind, hat keine gesetzliche Grundlage. Es beruht auf einem Staatskriech, und selbst in der preußischen Verfassung wird es nur als Notverordnung angesehen. Der Artikel 116a lautet: „Bis zum Erlasse des in Artikel 72 vorgezeichneten Wahlgesetzes bleibt die Verordnung vom 30. Mai 1849, die Wahl der Abgeordneten zur zweiten Kammer betreffend, in Kraft.“ Dieser Artikel aber steht ausdrücklich unter den Übergangsbestimmungen. Die Regierung braucht also der Krone nur die Aufhebung der Notverordnung, die das Dreiklassenwahlrecht enthält, vorzuschlagen und sofort ist das erste preussische Wahlgesetz vom 8. April 1848 wieder in Geltung, das gleich und allgemein, aber allerdings indirekt war. Diesen letzteren Schönheitsfehler könnte dann das neu gewählte Abgeordnetenhaus sehr schnell beseitigen. Von einigen Formaljuristen und rechtswissenschaftlichen wird dieser Weg als neuer Staatskriech bezeichnet. Aber die Zurücknahme eines Urteils ist nach der Ethik kein neues Unrecht, und die Jurisprudenz kann nicht bestehen, wenn sie sich mit der Ethik in Widerspruch setzt. Die preussische Staatsregierung braucht also nur zu wollen und sie wird zum Ziele kommen. Entweder der gegenwärtige Landtag nimmt die Regierungsvorlage an oder das Dreiklassenwahlrecht wird durch Zurücknahme der Verordnung von 1849 beseitigt. Im Volke würde diese Haltung ungetrübte jubelnde Zustimmung finden. Die Position der Regierung ist also durchaus gut, wenn sie von ihren Zuhörern nur richtig ausgenutzt wird.

Der Weltkrieg.

Die Friedensverhandlungen mit Rumänien werden von Herrn v. Kühlmann und dem Grafen Czernin unmittelbar mit dem neuen rumänischen Ministerpräsidenten General Averescu geführt werden, und zwar nicht in Jockan, sondern in Bukarest. Die Wahl dieses Verhandlungsortes scheint, der „Post“ zufolge, darauf zurückzuführen zu sein, daß die Mittelmächte zu den Verhandlungen offenbar auch eine Anzahl rumänischer Politiker heranziehen wollen. Die auch während der Besetzung in der rumänischen Hauptstadt geblieben sind und die durch ihre logischen Beziehungen für die Zuverlässigkeit des wiederherzustellenden Staatswesens gewisse Sicherheiten bieten könnten. Durch diese Teilnahme dieser Männer an der künftigen Gestaltung der Verhältnisse in Rumänien könnten vielleicht Garantien geboten werden, die von Mittelmächten nicht geboten werden können. Die rumänischen Hauptbestimmungen für die Zuverlässigkeit des wiederherzustellenden Staatswesens gewisse Sicherheiten bieten könnten. Durch diese Teilnahme dieser Männer an der künftigen Gestaltung der Verhältnisse in Rumänien könnten vielleicht Garantien geboten werden, die von Mittelmächten nicht geboten werden können.

Mit Rumänien werden Verhandlungen geführt, bezüglich deren ich die Mitteilung erteilen kann, daß sie, wie ich hoffe, schließlich demnächst zu Friedensverhandlungen führen werden. Wir werden es selbstverständlich als unsere Pflicht erachten, im Laufe der Verhandlungen unsere staatlichen Interessen nach jeder Richtung hin zu wahren. Die Bedingungen für die Friedensverhandlungen sind wohl noch nicht festgestellt, ja ich kann auf einzelne territoriale Fragen, die in der Presse besprochen wurden, nicht eingehen; denn diese hängen von internationalen Vereinbarungen ab. Dennoch aber erlaube ich mir, zu bemerken, daß wir unsere Rechte wahren wollen: 1. vom Gesichtspunkte der Verrücktheit, 2. vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte, 3. vom Gesichtspunkte des Verkehrs zu Wasser und zu Lande und 4. auch in der Richtung, daß jede Einmischung Rumäniens in unsere inneren Angelegenheiten unmöglich werde, ja wir legen auch auf den Umstand, den der Interpellant nicht erwähnt, der uns aber nicht gleichgültig sein kann, Gewicht, darauf nämlich, daß die Lage unserer in Rumänien wohnenden Bürger in jeder Hinsicht gelindert werde. Was die zweite Frage betrifft: daß die Siebenbürger an den Friedensverhandlungen teilnehmen, so will ich erklären, daß es sich hier nicht um eine lebensdienliche Frage, sondern um eine Frage ganz ungarischer Herkunft, um eine Frage, die wir alle nicht nur verstehen und kennen, sondern von der wir auch durchdrungen sein müssen.

In französischen Regierungskreisen erwartet man, daß die am 23. Februar beginnenden Friedensverhandlungen einen raschen Verlauf nehmen werden. Die Regierung Frankreichs ist der Ansicht, daß Rumänien genügend für die Entente getan habe. Man dürfe Rumänien jedoch nicht ganz opfern. Der „Secolo“ meldet: Für die am 21. März in Versailles beginnende neue Alliierten Konferenz, die die Friedensbedingungen der Entente festlegen soll, wurde die Vollmacht des rumänischen Botschafters zurückgezogen.

„Besti naplo“ will aus neutralen diplomatischen Kreisen wissen, daß in Vorbereitung rumänischer Sonderfriedensabsichten auch die

serbische Regierung Sonderfriedensverhandlungen möchte. Serbien betone, daß im Falle eines Sonderfriedens Rumäniens die Salonitiner Offensive ohnehin nur zwecklos Opfer erfordern würde. Der frühere oberste Protektor Serbiens, Rußland, bedrückt selbst der Unterstützung und stümmere sich um die serbischen Angelegenheiten nicht. Der serbische Gesandte Spalajewitsch bei den Russen nicht mehr als irgend ein anderer Ennemi-vertreter. Die für Vorbereitung des Krieges agitierenden Entente-Kreise sind insoweit zurückgefallen. Möglicherweise ist die Auffassung, daß der Krieg beendet sein müsse, bevor der letzte serbische Soldat im Interesse der Entente geopfert würde. Zur Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen mit Rußland.

Wie berichtet wird, dürften die neuen Verhandlungen auf Grund eines Programms, das von beiden Seiten zuvor genau festgelegt werden soll, in Brest-Litovsk aufgenommen werden. Auf deutscher Seite werden die Verhandlungen von Persönlichkeiten geführt, die die Materie während der letzten Verhandlungen in Brest-Litovsk genau kennen gelernt haben. Staatssekretär v. Kühlmann dürfte zur Unterzeichnung in Brest-Litovsk einreisen. Graf von Podewils erhielt den Auftrag, sich als Vertreter Wagners nochmals nach Brest-Litovsk zu begeben, zur Teilnahme an den neuen Friedensverhandlungen mit Rußland.

Der Verleiber von Czernin aus der Gefangenschaft zurück.

Der General der Infanterie v. Kusmanek, der Verteidiger der Festung Przemysl, ist nach dreijähriger Gefangenschaft in Wien eingetroffen. Kusmanek, der am 12. Februar von Michail Romanow abgeführt ist wurde auf dem Vorsteherhof in Wien von Militär- und Zivilbehörden empfangen.

Italiens Verrat.

Der Geheimvertrag Englands, Frankreichs und Rußlands mit Italien, durch das Italien die Abgrenzung von serbisch-italienischen Gebieten, Triest und Südtirol, Albanien, griechischen Inseln, Teilen von Kleinasien und Kreta als Gegenleistung für das befristete Aufstreten gegen Österreich und Deutschland in Aussicht gestellt wird, ist jetzt von der russischen Regierung veröffentlicht worden. Italien trübt der von Frankreich, England und Rußland

... (faded text at the bottom of the page)